

DIE LINKE - Heraus zum 1. Mai!

DIE LINKE fordert alle Mitbürger/-innen auf, sich an den Versammlungen und Kundgebungen am 1. Mai zu beteiligen!

DIE LINKE stellt fest: Immer mehr Menschen in Europa sind erwerbslos. Wer Arbeit hat, wird oft in unsichere Jobs gedrängt. In allen Mitgliedsstaaten der EU sind nur noch weniger als die Hälfte aller Arbeitsverhältnisse unbefristet und tarifvertraglich bezahlt. Viele sind gezwungen, in Leiharbeit, befristeten Arbeitsverhältnissen oder unfreiwillig in Teilzeit zu arbeiten: Arm trotz Arbeit - nicht mit uns: DIE LINKE steht für soziale Standards in ganz Europa: für gute Arbeit und soziale Sicherheit.

- Wir wollen europaweite Mindestlöhne, in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns.
- Prekäre Arbeitsverhältnisse müssen in ganz Europa bekämpft werden: Europaweit setzt sich DIE LINKE für eine Umwandlung prekärer Jobs in sozialversicherungspflichtige, unbefristete Beschäftigungsverhältnisse ein. Den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit zu Dumping-Löhnen wollen wir unterbinden!
- Im Durchschnitt verdienen Frauen in EU fast 17 Prozent weniger als Männer. Wir sagen: „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“.

- Für eine umfassende „Jugendgarantie“: Recht auf Ausbildung und Übernahme.
- Gewerkschaften und Tarifverträge müssen europaweit gestärkt werden. Wir wollen Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem und Möglichkeiten grenzüberschreitender Tarifverträge und Streikaktivitäten verbessern.
- Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung - Mindestsicherung einführen: Wir brauchen eine EU-Vorgabe, die für Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Rente im Rahmen der Sozialversicherungen ein Einkommen in Höhe von mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens vor Ort gewährleisten soll.
- Wir sagen Nein zur Rente erst ab 67 in Deutschland und Nein zu einer europaweiten Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung.
- DIE LINKE engagiert sich für europäische Mindestnormen, die eine gleichberechtigte Grundversorgung mit Wohnraum, Wärme, Wasser, Zugang zum Internet und Energie sicherstellen. Europaweit soll es ein kostenfreies Grundkontingent für jeden Haushalt an Wärme, Wasser und Energie geben.
- DIE LINKE ruft zum Handeln gegen Krieg und Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus auf. Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für alte und neue Nazis!

Leserbriefe Nürtinger Zeitung

Das Verführerische der Vorurteile

Zunächst vielen Dank an die NtZ für diesen Bericht in der Ausgabe v. 17.04.14. Diese Diskussion war überfällig, denn alle Beteiligten

waren sich darüber einig, dass die Berichterstattung über die Arbeit des EU-Parlamentes in den Medien etwas zu kurz kommt. Allerdings müssen sich die EU-Parlamentarier schon fragen lassen, woher

das mangelnde Interesse der Wähler an ihrer Arbeit kommt. Inwieweit der Vorwurf zutreffend ist, dass der Wähler das EU-Parlament als Seniorenheim für Polit-Greise erlebt, sollte von der PR Abteilung dieses Gremiums überprüft werden. Frau Merkel hat jedenfalls einen Verdacht in diese Richtung genährt, als sie den wegen peinlicher, rhetorischer Entgleisungen, Verandelung mit der S 21 Lobby, Mitgliedschaft in im erzkonservativen Weikersheim Zirkel u.a. unhaltbar gewordenen Günter Öttinger zur EU abgeschoben hat. Eine weitere Ursache des Desinteresses und der oft ungerechtfertigten Ablehnung

Berichte

des Europa Parlaments durch viele EU-Bürger wurde ebenfalls richtig erkannt: viele EU-Parlamentarier fühlen sich offensichtlich Lobbyisten und Wirtschaftsverbänden enger verbunden als ihren Wählern. Zu spät merkt der Wähler, dass seine Interessen unter die Räder kommen und das Geschimpfe über „die EU“ ist dann groß. Zutreffend wurde auch kritisiert, dass sich in der Frage, ob in der EU der Anbau von gentechnisch verändertem Mais zugelassen werden sollte, sich die deutschen Abgeordneten der Stimme enthielten. Dies war deshalb der Fall, weil sich die CDU geführten Bundesländer und das (selbstverständlich auch CDU geführte) Bundeskanzleramt für die Erlaubnis des Anbaues von gentechnisch verändertem Mais aussprachen. Die Mehrheit unserer Landsleute lehnt gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab. Viele Lebensmittelhersteller nutzen die Gentechnikfreiheit ihrer Produkte als überzeugendes Werbeargument! Dass die CDU auch auf anderen Gebieten sich klar gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit stellt, zeigt sich auch daran,

dass sie in der EU-Fraktion der „Konservativen“ mit Ultrarechten zusammenarbeitet. Zu dieser Gruppe gehört auch die „Fidesz“ Partei des ungarischen Regierungschefs Victor Orban, der in der Vergangenheit durch undemokratisches und rassistisches Verhalten negativ aufgefallen ist. Er duldet, daß in Ungarn „Judenlisten“ aufgestellt werden, wie dies in Deutschland ab 1933 geschah! Dieses Verhalten ist nicht vom EU-Kodex gedeckt, den Ungarn akzeptiert hat.

Der Wähler kann jetzt durch seine Entscheidung bei der Europawahl deutlich machen, dass er keine Parteien im Europarlament haben will, die nicht deutlich gegen ein Gekungel mit den Lobbyisten der Banken und Konzerne ankämpfen. Die Bevölkerungsmehrheit will in einem sozialen, demokratischen und friedlichen Europa leben – ohne Rassisten und Nationalisten, ohne Waffenexporte und ohne Genmaisimporte.

Jochen Findeisen
Schlaitdorf

Sichere Arbeitsplätze

Für immer mehr Arbeitnehmer/-innen hat sich die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes als unerfüllbarer Wunschtraum erwiesen. Nach einer Anfrage der LINKEN im Hause Nahles (SPD) hat sich die Zahl der befristeten Arbeitsverträge in den letzten Jahren mehr als verdreifacht. Da befristete Arbeitsverträge zu einem bestimmten Zeitpunkt oder mit dem Eintritt eines bestimmten Ereignisses enden, muß weder der Betriebsrat angehört werden noch kann mit Aussicht auf Erfolg wegen Verstoßes gegen Kündigungsgesetze das Arbeitsgericht angerufen werden. Zwar können befristete Arbeitsverträge nur dann abgeschlossen werden wenn hierfür ein sachlicher Grund besteht (Beispiel: Ein Spezialist wird solange beschäftigt, bis seine Kollegen mit einem komplexen Maschinensystem umgehen können). Sachliche Gründe kennt das Gesetz viele, aber viele sind undeutlich formuliert und laden zu einer Umgehung durch die Arbeitgeber ein. Wie auch der Bericht der NtZ richtig bemerkt wird angenommen, dass in 1,3 Millionen Fällen im Jahre 2001 von einer sachgrundlosen Beendigung des Arbeitsverhältnisses ausgegangen werden mußte. Aus der konservativen Ecke ist uns das Gejammere über den Verlust von „Werten“ bekannt. Aber wer hat Zeit, sich um sein „Wertesystem“ zu kümmern, wenn er wg. Been-

digung seines Arbeitsvertrages kein Geld mehr hat, keine neue Arbeit bekommt, wenn er umziehen muß, wenn er lange Wege zum Arbeitsplatz zu bewältigen hat? Wer wagt es solchen Arbeitnehmern Vorwürfe zu machen, wenn sie sich schwer tun, eine Ehe einzugehen und Kinder zu zeugen? Auch die Gesundheit wird da oft in Mitleidenschaft gezogen und das kommt nicht davon, weil die Arbeitnehmer zu viel Rauchen und beim Einkauf nicht auf das „BIO“ Zeichen achten! „Die Befristung von Arbeitsverträgen sei ein gezieltes Mittel, die Rechte von Arbeitnehmern klein zu halten“, sagte unlängst Frau MdB Jutta Krellmann (DIE LINKE) in der „Welt“. Sie forderte die Arbeitsministerin, Frau Nahles (SPD), auf, den von ihr geforderten Respekt vor dem Arbeitnehmer auch in die Praxis umzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Befristung von Arbeitsverträgen zurückgedrängt wird.

Thomas Mitsch
Wendlingen

Nürtinger Zeitung: „Privat-Pkws überflüssig machen“

Regionalwahl: Wie sich Christoph Ozasek von der Linken die Zukunft am Mittleren Neckar vorstellt

Sind die Linken die besseren Grünen? Wenn man mit Christoph Ozasek, dem Spitzenkandidaten dieser Partei für die Regionalwahl am 25. Mai, spricht, dann erweckt der den Eindruck: Ja. Denn im Mittelpunkt seines Zukunftsprogramms stehen Nachhaltigkeit und ökologische Aspekte.



Hofft, dass die Linke in der Region mehr mitreden kann: Christoph Ozasek. Foto: Holzwarth

Die Region habe auch einen Auftrag zur sozialen Daseinsvorsorge, ist der Sozialwissenschaftler aus Stuttgart überzeugt. Und was umfasst der? „Zum einen ein regionales Sozialticket für den Nahverkehr. Der VVS ist schließlich einer der teuersten Verkehrsverbünde in der Republik.“ Rund 150 000 Menschen hätten im Prinzip keinen Zugang zum Netz.

VVS-Chef Horst Stammler und dessen Kollegen wolle er angesichts der hohen Preise indes in Schutz nehmen: „Der Nahverkehr funktioniert nur, wenn dessen Finanzierung gesichert ist.“ Die Stadt Stuttgart aber ersetze zum Beispiel den SSB, die ja auch den

74er-Bus nach Nürtingen betreiben, nur sechs Prozent der Betriebskosten. Der Rest resultiere aus dem Ticketverkauf und diversen Zuschüssen.

Weiter Widerstand gegen S 21 und Nürtinger Biogasanlage

Das Problem werde immer dringlicher. Ein Fünftel der 179 Gemeinden im Verbandsgebiet habe nämlich gar keinen Nahversorger mehr: „Das heißt, dass viele Menschen dort festsitzen und nicht mal mehr ihre elementaren Lebensbedürfnisse befriedigen können.“ Für ihn sei daher klar. „Wir brauchen mehr öffentliche Mittel für den Nahverkehr.“ Wobei der Grundfehler im System sei, dass das Land (außer bei den Schülern) den Nahverkehr als reine Freiwilligenleistung definiere.

Das müsse dringend anders werden: Ein Verkehrssystem mit dem Auto als Rückgrat sei „völlig veraltet“. Die Linke wolle eine ökologische Wendung hin zu Bussen und Schiene – und zwar nicht nur beim Personenverkehr, sondern auch bei Gütern. Ein auf fossilen Rohstoffen aufbauendes Energiesystem führe zu Krieg und Klimazerstörung: „Alle reden von nachhaltiger Mobilität, aber gemacht wird nix.“ Mobilität sei kein Selbstzweck, sondern solle den Menschen helfen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Und da habe die Linke ein großes Ziel: „Wir wollen, dass Privat-Pkws überflüssig werden.“ Die drei Regionalräte der Partei machten schon mal Ernst damit: Keiner verfüge über ein eigenes Auto, sondern nutze allenfalls ein Stadtmobil, falls es mit Bussen oder Bahnen zu kompliziert werde.

Man werde auch nicht müde, die negativen Folgen von Stuttgart 21 anzuprangern, das unter anderem einen attraktiven Taktverkehr in der Region unmöglich mache: „Wir sind als Einzige strikt gegen S 21 und fordern jedes Jahr bei den Etatberatungen den Ausstieg der Region aus diesem Projekt.“

Auch Arbeitnehmer-Themen spielen im Programm der Linken natürlich eine Rolle. Dr. Walter Rogg, dem Geschäftsführer der regionalen Wirtschaftsförderung (WRS), attestiert Ozasek da erst einmal, ein angenehmer Gesprächspartner zu sein, bei dem man sich ernst genommen fühle: „Der nimmt unsere Anregungen auch mehr auf als die Regionalverwaltung an sich.“

Berichte

Zum Beispiel? „Eine Initiative zur Erforschung der Potenziale der Laufwasserkraft.“ Auch beim Klimaschutz sei die WRS auf guter Spur. Zudem habe die Linke in das neue „Leitbild für die Wirtschafts- und Wissenschaftsregion“ die Verpflichtung zu nachhaltigem Handeln und sozialer Teilhabe „hineinverhandeln“ können. Allerdings mache die WRS aus der Sicht seiner Gruppierung „zu viel im Zusammenhang mit der Automobilindustrie“. Generell mache sich die Linke dafür stark, dass „gute Arbeit auch belohnt wird“. Ozasek: „Für uns ist ein deregulierter Arbeitsmarkt, in dem Menschen nicht mehr von ihrer Hände Arbeit leben können, keine Vision.“

Höchst kritisch steht der 27-Jährige auch der im Großbettlinger Gatter geplanten Biogas-Anlage gegenüber: „Das ist ein Musterbeispiel, wie die Energiewende völlig falsch vorangetrieben werden kann.“

Das Projekt der Nürtinger Stadtwerke und der Firma Refood sei weder ökologisch noch nachhaltig, wenn „das Material über Hunderte von Kilometern herangekarrt werden muss – wir wollen keinen Müll- und Biomasse-Tourismus“. Es gebe schon genügend Anlagen in der Region, deren Kapazität man nutzen könne.

Natürlich unterstütze man Kommunen, die selbst Energie erzeugen wollten. Aber das müsse vor Ort geschehen: „Was in Nürtingen geplant ist, ist aber eine Fabrik, und die hat damit gar nichts zu tun. So was gehört in ein Industrie- oder Gewerbegebiet.“

Empört hat Ozasek auch die Entscheidung des Regierungspräsidiums zum Zielabweichungsverfahren: „Die behandeln einen regionalen Grünzug wie eine strategische Flächenreserve. So was darf einfach nicht sein.“

Mit der Großbettlinger Bürgerinitiative BISS arbeite man hingegen sehr gut zusammen. Überhaupt sei es das Ziel der Linken, für derlei Initiativen für „Umwelt, Naturschutz und Energiewende“ Sprachrohr und Partner zu sein: „Ohne uns werden die doch gar nicht mehr gehört!“

Und was sind nun die Ziele seiner Partei für den 25. Mai? Zunächst eine eigenständige Fraktion zu werden (die gibt's ab vier Regionalräten): „Und dann wollen wir in wichtige Diskussionsforen und Gremien, in

denen Hinterzimmerpolitik betrieben wird, hinein – vor allem in den Ältestenrat und die interfraktionelle Arbeitsgruppe Verkehr.“ Da werde zurzeit einfach zu viel geheim im Vorfeld ausgekungelt.

www.die-linke-vrs.de

VON JÜRGEN GERMANN

Quelle:

<http://www.ntz.de/nachrichten/region/artikel/privat-pkws-ueberfluessig-machen/>

Termine

Termine in den Ortsverbänden

Esslingen

Donnerstag, 15. Mai, 19:30 Uhr
Alte Spinnerei, Maille 3, Esslingen
Mitgliederversammlung

Kirchheim

Donnerstag, 08. Mai, 19:30 Uhr
TG-Heim, Jesingerstr. 99, Kirchheim
Mitgliederversammlung

Samstag, 03. Mai, 10:00 - 13:00 Uhr
Vor der BW-Bank, Max-Eyth-Str. 12, Kirchheim
Infostand

Samstag, 10. Mai, 10:00 - 13:00 Uhr
Vor dem Wettbüro, Max-Eyth-Str. 10, Kirchheim
Infostand

Samstag, 17. Mai, 10:00 - 13:00 Uhr
Vor der BW-Bank, Max-Eyth-Str. 12, Kirchheim
Infostand

Samstag, 24. Mai, 10:00 - 13:00 Uhr
Vor der BW-Bank, Max-Eyth-Str. 12, Kirchheim
Infostand

Nürtingen

Samstag, 03. Mai, 09:00 - 13:00 Uhr
Fußgängerzone Schillerplatz, Nürtingen
Infostand

Samstag, 10. Mai, 09:00 - 13:00 Uhr
Fußgängerzone Schillerplatz, Nürtingen
Infostand

Dienstag, 13. Mai, 19:30 Uhr
Schlachthof, Mühlstraße 15, Nürtingen
Stammtisch

Samstag, 17. Mai, 09:00 - 13:00 Uhr
Fußgängerzone Schillerplatz, Nürtingen
Infostand

Ideenschmiede

Mittwoch, 16. April, 15:00 Uhr
Kultur am Rande, Maille 3, Esslingen

In unserer Ideenschmiede treffen sich jeden 3. Mittwoch im Monat Hartz-IV-Betroffene und Interessierte zum Erfahrungsaustausch. Wir beraten uns, wie wir uns am Besten gegen die Willkür des Jobcenter wehren können und begleiten uns gegenseitig zu den Terminen.

Jede/r, ob Mitglied oder nicht, ist dazu herzlich eingeladen.

Hilfe bei Problemen mit Hartz IV:
Telefon: 07151/2099 150

Redaktion: Jochen Findeisen
E-Mail: attac@yahoo.de

V.i.S.d.P: Kreisverband Esslingen
DIE LINKE
c/o Heinrich Brinker
Bismarkstr.10
73230 Kirchheim unter Teck

Webseiten: www.die-linke-esslingen.de
www.ov-esslingen.die-linke-bw.de
www.kirchheim.die-linke-bw.de
www.nuertingen.die-linke-bw.de
www.plochingen.die-linke-bw.de
www.fildern.die-linke-esslingen.de

Redaktionsschluss: 30.04.2014